

Kommentar

Fragwürdig und gefährlich

Von Thomas Dähler



Das Gleichgewicht zwischen privatwirtschaftlich und staatlich finanzierten Medienangeboten gerät in der Schweiz immer

stärker aus den Fugen. Wenn am morgen Donnerstag das subventionierte Fernsehunternehmen *Telebasel* den Fokus neu und hauptsächlich auf den Online-Markt verlagert, ist das nicht nur eine regionale Besonderheit. Es ist ein Präjudiz, das landesweit die Medienlandschaft verändern kann. Die im vergangenen Jahr äusserst knapp gewonnene Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz scheint die staatlich subventionierten Medienunternehmen übermütig werden zu lassen, die Grenzen des geltenden Rechts auszuloten. Sie verstossen damit gegen Treu und Glauben. Begründet wurde die geräteunabhängige Billag-Gebühr vor der Abstimmung im letzten Sommer mit dem Service-public-Auftrag von Radio und Fernsehen, der für die Gesellschaft und die Schweiz wichtig sei. Gewonnen wurde die Abstimmung in der Romandie, vermutlich weil die sprachlichen Minderheiten einer Benachteiligung den Riegel schieben wollten. Dass die Politik einzuschreiten zögert, hat einfache Gründe: Wer sich wehrt, riskiert, vom Sender benachteiligt zu werden. Der fehlende Mut, die im letzten Sommer versprochene Service-public-Debatte auch wirklich in Gang zu bringen, erleichtert es den Subventionsjägern im Medienbereich, sich

Jetzt droht auch noch politisch einseitiger Infotainment-Journalismus online.

immer dreister weiterer Märkte zu bemächtigen. Sie vertrauen darauf, dass die Bevölkerung nicht merkt, dass Gebührengelder und Gewinne aus öffentlichen Kabelnetzen zweckentfremdet werden. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht: Die trotz juristischen Schlaumeiereien offensichtliche Zweckentfremdung von Gebührengeldern ist Wasser auf die Mühlen jener, die einer Radikallösung das Wort sprechen – leider ohne Rücksicht auf die Minderheiten im Land. Mit der No-Billag-Initiative könnten aber zumindest die Online-Auftritte mit Staatsgeldern abgeschaltet werden.

Um Demokratie oder Service public für Minderheiten geht es beim Online-Engagement von *Telebasel* nicht: Es geht um einen Angriff auf die privaten Medienunternehmen, der dank staatlichen Subventionsgeldern risikolos geführt werden kann. Längst ist es nicht mehr vordringlich, mit Subventionen Leistungen zu erbringen, die der Markt nicht erbringen kann. Nach dem regierungsfreundlichen Kurs auf dem Fernsehschirm droht jetzt auch noch politisch einseitiger Infotainment-Journalismus online, staatlich finanziert. Unter dem Gesichtspunkt der Demokratie ist dies fragwürdig und gefährlich.

thomas.daehler@baz.ch

«Telebasel zerstört die Medienvielfalt»

Unternehmer und Journalist Christian Heeb wehrt sich gegen den Neustart des Senders

Von Jonas Hoskyn

BaZ: Christian Heeb, der Fernsehsender *Telebasel* startet heute mit seinem neuen Auftritt. Dagegen hat Ihr Portal *barfi.ch* beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom) interveniert. Warum?

Christian Heeb: *Telebasel* verstösst mit seinem neuen Auftritt gleich in mehrfacher Hinsicht schwerwiegend gegen seine Konzession. Der Sender erhält vom Bakom Gebühren für seine Leistungen als regionaler Fernsehsender. Diese sollen nun für ein Onlineportal zweckentfremdet werden. Gleichzeitig wird der Bereich Fernsehen massiv heruntergeschraubt. Unsere Beurteilung deckt sich mit jener von mehreren namhaften Medienrechtlern, namentlich von Professor Urs Saxer von der Universität Zürich, der in einem Gutachten zum selben Schluss kam.

Ihre Anwälte haben diese Woche beim Bakom gefordert, dass dieses *Telebasel* sofort stoppt.

Nicht nur *Telebasel* als Fernsehsender, sondern auch und prioritär die Online-Plattform mit Werbung und Meldungen ohne lokalen Bezug, wie es die geltende Konzession verlangt. Unsere Anwaltskanzlei Vischer ist beim Direktor des Bakom vorstellig geworden und hat neben dem erwähnten Gutachten eine Anzeige eingereicht, dass das Bakom sofort einschreiten und die Konzessionsverstösse unterbinden soll. Die Gesetzeslage ist deutlich und lässt keinerlei Spielraum zu. Auch die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard weiss Bescheid.

Was ist mit der Basler Regierung?

Das zuständige Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt von Christoph Brutschin hat noch immer grossen Einfluss beim Sender. So sitzt ein Kadermitarbeiter der Verwaltung im Stiftungsrat. Er und nicht der Präsident wurde beispielsweise in die Findungskommission der Chefredaktorin eingesetzt. Ich kann mir bis heute noch nicht erklären, dass die Basler Regierung einfach zuschaut, wie die subventionierte Stiftung *Telebasel* plötzlich als privates Medienunternehmen auftritt, das geltendes Recht verletzt und damit die Medienvielfalt zu zerstören versucht.

Böse Zungen würden sagen, Sie fürchten bloss die neue Konkurrenz für Ihr Onlineportal *barfi.ch*.

Ganz im Gegenteil. Es geht darum, mit gleich langen Spiessen zu kämpfen. Jeder, der will, kann eine Zeitung, einen Fernsehsender oder ein Newsportal gründen. Dann zeigt sich, wer besser ist. Aber man ändert die Regeln nicht einfach während eines Spiels. *Telebasel* hat eine geltende Sendekonzession mit Subventionen und klar definiertem Leistungsauftrag. Diese ist bindend bis am 31. Dezember 2019. Nun wird versucht, mit den Gebühren ein kleines Medienimperium aufzubauen. Das ist Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil von all denen, die im freien Markt investiert haben. Die Pläne von *Telebasel* schaden allen privaten Medienunternehmen dieses Landes, weil hier illegal erwirtschaftete Werbemittel durch einen gleich doppelt subventionierten Sender aus dem Markt abgezogen werden. Das hat Pilotcharakter. Wenn sich das so umsetzen lässt, werden andere Sender folgen. Mit gravierenden Folgen für die Schweizer Medienlandschaft. Deshalb unterstützt ja auch die BaZ explizit unsere Anzeige beim Bakom.

«Telebasel versucht, mit Gebührengeldern ein kleines Medienimperium aufzubauen.»

Der *Telebasel*-CEO versteht seinen Sender als privates Medienunternehmen und verweist darauf, dass die Bakom-Gelder nur rund 30 Prozent des Sender-Budgets ausmachen würden.

Was bewusst verschwiegen wird: Für *Telebasel* zahlt man in der Stadt, Allschwil und Schönenbuch zweimal. Neben den 2,6 Millionen Franken durch die Billag kassiert der Sender von jedem einzelnen Kabelnutzer zusätzlich die Balcab/UPC-Gebühr für das Kabelnetz, jährlich rund 1,6 Millionen Franken, was alle betrifft, aber niemand weiss. Das ist schweizweit einzigartig. Der Sender weist diese Zwangsabgabe aber ganz bewusst täuschend nicht als Gebühr



«Schwerwiegende Verstösse». Christian Heeb kritisiert die Ausbaustategie von *Telebasel*. Foto Dominik Plüss

sondern als eigen erwirtschaftete Mittel aus. Das ist eine bewusste Irreführung. Zusammen machen die Subventionen rund die Hälfte des Budgets des Senders aus. Auch bei diesen Geldern hat sich der Sender gegenüber dem Bakom verbindlich verpflichtet, sie in ein regionales Fernsehprogramm zu stecken.

Eine vergleichbare Diskussion gibt es auch national, was den Internetauftritt der SRG betrifft.

Und dort wurde vom Bakom klar festgehalten, dass die SRG im Internet keine Werbung im Internet schalten darf und Artikel einen engen Bezug zu den Radio- und Fernsehbeiträgen haben müssen. Ein Newsportal mit eigener Werbung ist nicht möglich. Es kann und darf nicht sein, dass der SRG klare Grenzen in ihrem Online-Auftritt gesetzt werden, diese aber für regionale Fernsehsender mit Gebührenanteil keine Gültigkeit haben.

Telebasel argumentiert, dass die Bakom-Gelder ihrem Sinn entsprechend für die regionale TV-Berichterstattung eingesetzt werden und der

Internetauftritt ausschliesslich mit privat erwirtschafteten Geldern finanziert wird.

Dazu müssten sie zwei Medienunternehmen mit getrennten Finanzen sein. Ausserdem ist dies auch rein physisch gar nicht möglich. So arbeiten die Redaktoren in einem gemeinsamen Newsroom. Ganz zu schweigen von der gesamten Infrastruktur und dem Archiv, alles vornehmlich mit Gebührengeldern finanziert. *Telebasel* will auch online stark auf Bewegtbilder setzen. Produziert werden diese aber mit der TV-Ausrüstung. Nach ihrer eigenen Logik müsste *Telebasel* künftig bei jeder Pressekonferenz mit einem Fernseh- und einem Online-Team auftauchen.

Die Sendeleitung sagt, sie hätte die Neuerungen mit dem Bakom besprochen und grünes Licht erhalten.

Das halte ich für eine verwegene Aussage. Nach unseren Informationen gab es ein Vorgespräch und erst, nachdem *barfi.ch* den geplanten Schwindel aufdeckte, ein Treffen, bei dem vermutlich nicht alle Informationen auf den Tisch gelegt wurden.

Sie waren bis im Frühjahr 2012 Chefredaktor von *Radio Basel*. Seither sendet mit der gleichen Konzession *Energy Basel* – das pure Gegenteil Ihres damaligen Senders. Trotzdem gab es keinerlei Beanstandungen. Das zeigt doch, dass das Bakom eine zahnlose Aufsichtsbehörde ist, die auch dieses Mal kaum einschreiten wird.

Ich halte das Vorgehen von *Energy*-Betreiberin Ringier für eine vorsätzliche Rechtsumgehung und unzulässig. Allerdings ging damals niemand juristisch dagegen vor. Ich gehe aber heute fest davon aus, dass das Bakom *Telebasel* in die Schranken weisen wird. Die Rechtslage ist dermassen klar. Jedes Gericht wird *Telebasel* stoppen.

Das heisst, Sie werden den Fall weiterziehen, falls das Bakom anderer Meinung sein sollte als Sie?

Wir sind sicher, dass das Bakom *Telebasel* jetzt sofort in die gesetzlich gegebenen Schranken weist, aber sind auch bereit, den ganzen rechtlichen Weg zu gehen. Es wäre leider nicht das erste Mal.

Heute startet das neue Telebasel

Sender will künftig stärker auf Online setzen und kürzt deshalb die Fernsehberichterstattung zusammen

Von Jonas Hoskyn

Basel. Um 19.10 Uhr gingen beim Fernsehsender *Telebasel* gestern Abend die Lichter aus. Seit sich Moderator Dani von Wattenwyl, welcher das letzte «7vor7» moderierte, verabschiedet hat, ist auf dem Sendeplatz anstelle der üblichen Wiederholungen lediglich ein Countdown zu sehen. Dieser endet heute Abend um 18.30 Uhr. Dann soll das komplett neue *Telebasel* im neuen Look und mit multimedialem Studio starten. Statt wie bisher zwei Stunden tagesaktuelles Fernsehen steht künftig eine kompakte Stunde Information auf dem Programm. Dafür wurde beim Sender kein Stein auf dem anderen gelassen.

Alle bisherigen Sendungen wurden umgestaltet, viele ganz gestrichen. Die Nachrichten deckt *Telebasel* künftig mit Kurznews und einem anschliessenden Talk ab. Dazu kommen täglich Sportnews, die Börse, das Wetter und das People-Magazin «Glam». Danach folgen wechselnde Themensendungen zu Sport, Gesundheit, Kino, Gastro und der gekürzte «Report».

Fundamentale Kritik am Konzept

Bereits sichtbar war die Änderung gestern am *Telebasel*-Hauptsitz. Im Laufe des Morgens wurde am Gebäude der bisherige blauweisse Schriftzug abmontiert und durch das neue Logo – ein dickes B – ersetzt. Ebenfalls bereits in Betrieb sollte seit heute Morgen um 6 Uhr das neue Newsportal von *Telebasel* sein. Statt der bisherigen Homepage, welche vor allem ein Sende-Archiv war, will der Sender nun mit einem neun-



Aus Alt mach Neu. Mit einem neuen Look will der Sender die Medienszene aufmischen. Foto Florian Bärtschiger

köpfigen Team und eigenen Geschichten im Online-Newsbereich mitmischen. Dazu gehört auch eine eigene Smartphone-App. Mit seiner neuen Ausrichtung zielt *Telebasel* auf die Altersklasse von 30 bis 50 Jahren als Zielgruppe.

Die Neuerungen sorgten auch intern für intensive Diskussionen. Kritisiert

wurde etwa, dass mit dem neuen Konzept die journalistische Tiefe verloren gehe. Ausserdem würde der Sender seine Mittel falsch einsetzen, indem er ein aufwendiges Online-Portal betreibt statt sich auf regionale Berichterstattung zu konzentrieren.

Fundamentaler sind die Einwände von Christian Heeb, Chefredaktor und

Verwaltungsratspräsident des Onlineportals *barfi.ch*. Er hat beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom) beanstandet, dass dieses unverzüglich eingreifen soll, weil die neue Ausrichtung des Senders in mehrfacher Hinsicht gegen die Konzession verstösse (Interview oben). Die BaZ schliesst sich der Anzeige von Heeb beim Bakom an.